

Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

Bayern als Musterbeispiel der Integration

In diesen Wochen vor genau 65 Jahren bemühten sich vom schrecklichen Krieg gezeichnete Menschen in Bayern, eine gerechtere und friedvolle Lebensform in einem demokratischen Staatswesen zu erarbeiten. Vom gottlosen Nazi-Schrecken hatten sie genug. Während Sozialdemokraten und andere Linksparteien an ihre Jahrzehnte lange Tradition anknüpfen wollten und konnten, suchten christlich-bayerisch-patriotische Kräfte den Neuanfang. Die Idee einer überkonfessionellen Sammelbewegung („Union“) für Altbayern und Franken nahm Gestalt an.

Es schadet in heutigen Zeiten nicht zu erinnern, was die CSU einst anstrebte und für was sie eintrat. Ihr 1946 grundgelegtes Selbstverständnis leitete sich aus dem positiv formulierten christlichen Menschenbild ab, auch aus dem christlich motivierten Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime. Ein oft unterschätztes Motiv war auch die Ablehnung des Zentralismus, der schon vor 1933 vielen nicht geheuer war. CSU-Mitbegründer Fritz Schäffer hatte schon als Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei am 7. Juli 1932 in der „Bayernwacht“ einen Aufruf verbreitet, der Programm war: „Die Bayerische Volkspartei ist nicht gewillt, die Straßen den Terrorgelüsten einer durch machtlüsterne Demagogen aufgepeitschten Parteisolddateska auszuliefern. Wir wollen, dass Bayern ein Land der Ordnung, der Sicherheit, der Staatsautorität und der politischen Freiheit bleibt.“

Weder die Bayerische Volkspartei noch die Sozialdemokraten hatten 1933 die Macht, den totalen Zentralismus und braunen Terror zu verhindern. Viele von ihnen kamen stattdessen ins KZ, darunter die Mitbegründer der späteren CSU, Josef Müller („Ochsensepp“) und Michael Horlacher (später Landtagspräsident). Sozialdemokraten und Kommunisten waren noch stärker betroffen.

Die Rückzugs-Oase Bayern

Aus allen grausamen Erfahrungen speisten sich die Ideen 1945/46, eine überkonfessionelle christliche Volkspartei zu gründen, jene CSU, die auch Franken und Neubürgern Heimat bot. Im altbayerischen Vilshofen bekam diese CSU bei den ersten Kommunalwahlen 1946 sagenhafte 76 Prozent. Doch bald passte das neue Programm manchen Alteingesessenen nicht. Es musste eine „reinrassige“ Bayernpartei her, die sich nicht bloß gegen



Gestandene Männer, Maßkrüge, aber auch orientalische Turmspitzen auf dem Ebersberg im vorderen Bayerischen Wald? Nein, das Bild mit der Hüpfburg trägt.

eine empfundene Überfremdung durch „Preußen“, also Flüchtlinge, zur Wehr setzte, sondern auch gegen den deutschen Stamm der Franken. Mit ihrem ersten Politischen Aschermittwoch 1948 in Vilshofen lehrte sie die CSU und den Rest der Welt das Fürchten. Niederbayern und ein großer Teil Oberbayerns war zum Stammgebiet der Bayernpartei geworden. Hier verfügte diese 1949 über alle neuen Bundestagsitze, mit Ausnahme von Fritz Schäffer in Passau. Hier verfügte sie über die meisten Landtagssitze und sogar Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister. In Passau kam folglich Stefan Billinger an die Macht, in Vilshofen ab 1952 der Obermeister der Schneiderrinnung Georg Well. Die Abgrenzung gegen alles Fremde war aber nicht einfach. Als Gegenreaktion tauchten eigene Flüchtlingsparteien auf, die bei demokratischen Wahlen Erfolg hatten. Ab 1960 verloren diese Flügel ihre Anziehungskraft. Die Flüchtlingsparteien und auch die Bayernpartei erlebten

ihre „Integration“, nämlich in der durch Persönlichkeiten wie Hans Ehard, Hanns Seidel oder Franz Josef Strauß gestärkten CSU. In dieser hatten auch bekannte Franken ihren herausragenden Platz, beispielsweise die späteren Bundesminister Werner Dollinger und Richard Stücklen. Das bundesweite Ansehen Konrad Adenauers und seine „Integrationsarbeit für alle“ hatten die regionalen Splitterparteien überflüssig gemacht. Bekanntlich hatte der erste Bundeskanzler, der auch in Bayern geachtete Konrad Adenauer, 1957 erstmals die absolute Mehrheit für die Union geholt. Bayern selbst war Schmelztiegel für Alt- und Neubürger geworden. Der Wandel vom Agrarstaat zum High Tech-Land wurde dadurch erst möglich. Bayern blieb trotzdem schön und attraktiv – auch für weitere Zuzüge.

Bayerischer Separatismus – wieder politischer Alltag?

So lange ein Franz Josef Strauß rechts reden, aber ge-

mäßigt handeln konnte, solange er die oberbayerischen Stammtische und den „Größten Stammtisch der Welt“ in der Nibelungen-Halle zu Passau zum Wallen brachte und sogar deutsche, europäische oder internationale Themen dem Publikum verständlich darreichte, war die CSU in Bayern „staatstragend“ und in Deutschland geachtet und für viele vorbildhaft. Die Linksparteien wetzten sich an ihr oder regierten sogar in Bonn, an „50 plus X“ für die CSU konnten sie aber nicht rütteln. Auch die Parteivorsitzenden Theo Waigel und Edmund Stoiber konnten auf dem bayerischen, aber auch bundespolitischen Klavier spielen. Der Wendepunkt kam mit der „Flucht Stoibers aus Berlin“ – obwohl ihm dort ein maßgeschneidertes Super-Ministerium die „Bajuwarisierung der Politik“ erleichtert hätte. Seither hat man den Eindruck, dass wieder Thesen aus der Zeit der Bayernpartei vertreten werden, gegen „die Preußen“ – obwohl durch die Integration von ungezähl-

ten Nicht-Bayern ein verändertes bayerisches Staatsvolk erwachsen ist. Strauß hatte nie verlangt, dass „die Preußen“ die Lederhose anziehen oder das Batschka-Kopftuch ablegen mussten. Integration war, dass die Neu-Bayern das von selbst taten, weil sie sich noch bayerischer fühlten als die Alteingesessenen. „Mia san mia“ wurde auch von vielen „Integrierten“ glaubhaft vorgelebt. Alois Glück, der verdienstvolle CSU-Mann, sagte vor kurzem, dass München mehr Ausländer aufweist als Berlin, offensichtlich gut integriert. Aber aus Bayern hört man auch, dass „zu viele Ausländer“ drohen. Nur ein Ablenkungsmanöver? Oder hat man Angst vor allen Sarrazins? Stößt man dadurch aber nicht andere Kreise ab, beispielsweise auch die christlichen Kirchen, die Integration immer wieder vorleben?

Kriminelle Ausländer müssen bestraft werden

Kriminelle Ausländer gehören bestraft, selbstverständlich, und zwar genau wie kriminelle Einheimische. Die heutige und künftige Zeit bietet Mobilität an, auch für das internationale Bandenunwesen, an dem sich Deutsche beteiligen. Aber wegen krimineller Ausländer die Zuwanderung insgesamt zum Inbegriff allen Übels zu machen, den Zugezogenen den Willen zur Integration pauschal abzusperrchen? In einer typisch bayerischen Kleinstadt wie Vilshofen an der Donau, mit etwa zehn Prozent Menschen mit ausländischem Pass, steht seit 32 Jahren ein Bürgermeister der CSU an der Spitze. Gegen „Ausländer“ wurde hier nie gepoltet. Man bemüht sich um Integration. Diese wird vorgelebt, immer wieder. Das hat nichts mit „Multikulti“ zu tun, sondern mit Menschlichkeit, mit Christlichkeit und somit auch mit Erfolg. Krampfhaftige Abschottung hat noch nie geholfen. Bayern war und ist weltoffen.